Sonntag, 18.10.2026 (29. Sonntag im Lesejahr A)
Kath. Kirchengemeinde Freiburg – Pfarrer Siegfried Huber

Predigt

Der französische Präsident verzichtete auf den Besuch der Papst-Gottesdienste, als Leo XVI. Ende September in Frankreich zu Besuch war. 2023 war Papst Franziskus in Marseille, und dort saß Emmanuel Macron beim Gottesdienst noch in der ersten Reihe. Dafür handelte er sich harsche Kritik ein, denn in Frankreich gilt eine strenge Trennung von Kirche und Staat, die sogenannte Laicité.

Hatte Jesus solche Dinge im Sinn, als er sein berühmtes Wort sagte: „Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört!“? (Matthäus 22,15-21).

Frankreich hat seine eigene Geschichte. Mit der Französischen Revolution wurde die Unterdrückung durch adlige Herrschatfsstrukturen abgestreift, betont wurden die gleichen Menschen- und Bürgerrechte für alle Menschen.
Dem stand damals auch die Kirche im Weg, so dass sich der Grundsatz entwickelt hat, dass der Staat in keiner Weise von einer Religion dominiert oder auch nur beeinflusst werden darf. 1905 wurde das ganz offiziell in ein Gesetz gepackt.

In Deutschland kooperieren Staat und Religionsgemeinschaften. Die Kirchen dürfen in den Schulen Religionsunterricht erteilen oder an verschiedenen staatlichen Orten Seelsorge leisten, beispielsweise in Kliniken, Gefängnissen oder beim Militär. Wo die Kirche eigene soziale Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen oder Krankenhäuser hat, kann der Staat mitfinanzieren. Gleichzeitig muss der Staat sich allen Religionsgemeinschaften gegenüber gleich verhalten, darf also nicht einseitig bevorzugen oder benachteiligen.
Aufbauend auf Gedanken von Martin Luther spricht man in der Theologie zuweilen von einer Zwei-Reiche-Lehre: das staatliche Reich und das göttliche Reich. Nur wird eifrig debattiert, wie das Verhältnis der beiden Reiche sein soll, und welchem Reich Christinnen und Christen im Ernstfall mehr verpflichtet sein sollten.

Die Generationen vor uns haben es erlebt, was es heißt, wenn eine staatliche Regierung Unrecht tut und Unrecht anordnet. Kann ich dann der Regierung geben, was die Regierung verlangt? Umgekehrt: Darf ich mich unter Berufung auf meine Religion gegen den Staat auflehnen und machen, was ich selber für richtig halte?

Wir leben in einem Staat, der aus seiner schlimmen Geschichte zu lernen versucht hat. Unser Grundgesetz entstand unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Diktatur und der leichten Verführbarkeit von Menschen zum staatlich organisierten Unrecht.
Deshalb haben wir mit dem Grundgesetz eine Verfassung, die tatsächlich vieles beinhaltet, was wir auch aus einer rein christlichen Logik heraus sagen würden: die Würde eines jeden einzelnen Menschen; die Erklärung allgemeiner Menschenrechte,

die wirklich jedem und nicht nur ausgewählten Menschen zukommen; ein demokratisches System.
Zugleich erleben wir die Anfälligkeit auch unseres Staates für Bestrebungen, solche Grundsätze wieder auszuhebeln. Man darf gespannt sein, wie das Bundesland Sachsen-Anhalt sich politisch und gesellschaftlich entwickeln wird.

„Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört." Strikte Trennung, Mischformen – oder dem Staat die Treue halten, solange er macht, was er aus religiöser Sicht soll?

Jesus hat mit seinem markanten Spruch keine Staatstheorie entworfen. Vielmehr wollte man ihn aufs Glatteis führen: Hältst du es mit dem römischen Kaiser, dem obersten Vertreter der ungeliebten Besatzungsmacht? Oder hältst du es mit der Religion und stellst dich gegen den Kaiser?
Zunächst einmal befreit sich Jesus rhetorisch aus der Zwickmühle. Aber er deutet eben auch an, dass Menschen immer verschiedenen Anforderungen ausgesetzt sind, und dass man diese Anforderungen nicht immer lupenrein unter einen Hut bekommen kann – weil sie sich manchmal widersprechen können.

Und: Jesus lässt sich nicht vereinnahmen als ein politischer Messias, der den Aufstand gegen die Besatzer im Land anführen könnte. Seine Botschaft ist eine andere: mit dem klaren Blick auf die Menschen und auf Gott. Zunächst einmal der einzelne Mensch und sein Verhältnis zu Gott, dann aber auch das Verhältnis von Mensch zu Mensch. Und das durchaus an jedem Ort, ob nun kaiserlich oder göttlich.

Im Blick auf unsere Zeit: Wenn Gott, die Religion oder die vermeintliche Rettung des christlichen Abendlandes politisch instrumentalisiert werden, läuft etwas schief. Wo aber Menschen auch in der Politik christliche Werte hochhalten – auch wenn sie damit im Gegenwind stehen – kommen die zwei Bereiche auf natürliche Art und Weise in Berührung, ohne sich gegenseitig zu vereinnahmen.

Die Kirche diktiert nicht die politische Linie, kann aber viele christliche Überzeugungen hineintragen: natürlich durch Menschen, die sich mit solchen Grundhaltungen politisch engagieren; aber auch dadurch, dass Kirche klug die eigene Stimme erhebt oder durch eigenes Handeln Vorbilder setzt.

Dabei kommt es nicht einfach auf die „Institution Kirche" an. Die ist eine Organisation und zunächst recht anonym. Nein: Die Taufe ist Ausdruck des Zutrauens Gottes in jedes einzelne Kirchenmitglied (und auch immer noch in die ehemaligen Kirchenmitglieder).
Jeder einzelne Mensch kann im kaiserlichen wie im göttlichen Bereich unterwegs und wirksam sein. Wir können uns nicht vertreten lassen in dem Anspruch, der an uns persönlich gerichtet ist: dem Kaiser zu geben, was ihm gehört, und Gott zu geben, was Gott gehört. Amen.